

Für nur 35 Euro mehr

Eine bessere Rente ist leistbar – wenn auch die Unternehmen zahlen

Matthias W. Birkwald

Mal ist es der demographische Wandel, mal der (nicht existente) Fachkräftemangel, nun ist es die gestiegene Lebenserwartung – die Begründungen wechseln, die Forderung bleibt gleich: Die Beschäftigten sollen länger arbeiten. Laut aktuellen Zahlen der Deutschen Rentenversicherung ist die durchschnittliche Bezugsdauer der Altersrente bei Frauen auf 22,8 und bei Männern auf 18,78 Jahre gestiegen. Auf die Veröffentlichung der Daten reagierte das Institut der deutschen Wirtschaft reflexhaft und forderte die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 73 Jahre bis zum Jahr 2041, da sonst das Rentenniveau stärker als geplant sinken werde.

Sollte ausgerechnet das arbeitgeberfinanzierte »Institut« sein soziales Gewissen entdeckt haben und sich um die Altersarmut künftiger Generationen sorgen? Keineswegs. Solche Äußerungen sind Panikmache und versetzen viele Menschen in Angst und Schrecken. Die Forderungen der Kapitalisten sind Teil der neoliberalen Agenda. Sie zielen auf geringere Sozialabgaben für Unternehmen und den Abbau sozialstaatlicher Leistungen. Die Anhebung des Renteneintrittsalters verlängert die Lebensarbeitszeit und ist eine massive Rentenkürzung.

Es ist eine irrsinnige Vorstellung, dass ein Tiefbauarbeiter oder eine Krankenschwester bis 73 im Beruf bleiben könnten. Viele Beschäftigte schaffen es nicht einmal bis 63: Krankenschwestern scheiden im Schnitt mit 60,9 Jahren aus dem Beruf aus, Bauarbeiter mit 57,6 Jahren. Darum fordert Die Linke, dass man nach 40 Jahren Beitragszeit ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen kann. Ältere sind häufiger und länger arbeitslos. Fast jede fünfte Neurentner geht wegen Krankheit vorzeitig mit Abschlägen in die Erwerbsminderungsrente, die seit Jahren im sinken.

Dabei gibt es keinen Grund zur Panik. Eine gute Rente wäre möglich, wenn wir die Unternehmen stärker in die Pflicht nähmen und zu einer paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung zurückkehrten. Derzeit müssen die Beschäftigten 9,35 Prozent Rentenbeitrag leisten, der allerdings auch von den Arbeitgebern gezahlt werden muss. Die Arbeiter und Angestellten müssen aber noch weitere vier Prozent ihres Einkommens in die private Vorsorge (sprich: Riester-Rente) und dazu noch in die betriebliche Altersversorgung investieren, nur um eine Rente zu erhalten, die ihren Lebensstandard sichert. Das funktioniert

für viele nicht. Die Linke fordert darum eine Wiederanhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent. Dafür hätte der aktuelle Rentenwert ab 1. Juli 2016 von 30,45 Euro auf 33,83 Euro steigen müssen. Dies entspricht einer Beitragssatzerhöhung um 2,3 Prozentpunkte auf 21 Prozent. Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen von zur Zeit 3.022 Euro müssten im Monat nur knapp 35 Euro mehr an Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Und ihre Arbeitgeber ebenfalls. Damit würde eine sogenannte Standardrente nach 45 Berufsjahren von aktuell 1.370 auf 1.522 Euro steigen.

Nur mit einem Lohn von zwölf Euro brutto pro Stunde, wie ihn Die Linke fordert, können die Beschäftigten nach 45 Jahren Arbeit eine Rente erzielen, die wenigstens über dem Sozialhilfeniveau liegt, auch wenn eine solche Rente immer noch viel zu niedrig ist. Der Kampf gegen die Ausweitung der Lebensarbeitszeit, gegen Niedriglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse und für eine bessere Rente wird nur gemeinsam mit der gesellschaftlichen Linken, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen erfolgreich sein. Die rentenpolitischen Ziele der Linkspartei sind klar: den Lebensstandard im Alter sichern. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen.

Matthias W. Birkwald ist rentenpolitischer Sprecher der Linke-Fraktion im Bundestag

<http://www.jungewelt.de/2016/07-27/022.php>